

Formtief

# Die SVP röchelt nicht, sie holt tief Luft



CHRISTINA NEUHAUS

Wäre die SVP ein Restaurant, sie wäre eine Guggeli-, Schnitzel- oder Cordon-bleu-Beiz: Sie kocht nur ein Gericht, dieses aber in vielen Variationen und mit grossem Erfolg. Der Hit auf der Menukarte der SVP ist der Kampf gegen die EU. Ob Rahmenabkommen, Schengen/Dublin, fremde Richter oder Zuwanderung: Im Wahlkampf 2019 wird die SVP konsequent auf das Thema setzen, das ihr in der Vergangenheit den grössten Erfolg gebracht hat. Christoph Blochers politisches Meisterstück war das Nein zum EWR. Daran will er mit einem unerbittlichen Kampf gegen einen all-fälligen Rahmenvertrag mit der EU anknüpfen.

Die Fixierung auf Zuwanderung und die EU ist einer der Gründe, weshalb die SVP seit den nationalen Wahlen 2015 auf kommunaler und kantonal Ebene Stimmen eingebüsst hat. Das Verhältnis der Schweiz zu Europa spielt in den Kantonen und Gemeinden keine grosse Rolle. Nüchtern betrachtet, sind die Einbrüche allerdings nicht so gross, wie der derzeitige Katzen-

jammer in der Partei und die kaum verhohlene Schadenfreude bei der politischen Konkurrenz und vielen Journalisten vermuten liessen. In den kantonalen Parlamenten hat die SVP seit 2015 lediglich 0,6 Prozent Wähleranteil eingebüsst. Mit insgesamt 572 Mandaten führt sie aber immer noch deutlich vor der FDP, die auf 558 Sitze kommt. Dagegen nehmen sich die 466 Parlamentsvertreter der derzeit vor Selbstbewusstsein nur so strotzenden SP geradezu bescheiden aus.

Ob es einem passt oder nicht: Bei den Wahlen 2015 legte fast jeder dritte Urnengänger für die SVP ein. Ähnlich ist die Bilanz in den Kantonen. In Bern, wo die Partei im März 2 Prozent einbüsst, steht sie mit 26,8 Prozent immer noch als weitaus grösste Partei da. In Obwalden und Nidwalden konnte sie vor einigen Wochen jeden vierten Wähler überzeugen.

Die SVP hat einige Baustellen. Die Zentralregierung, die Christoph Blocher als Reaktion auf die Professionalisierung der Politik errichtet hat, stösst vielen in der Basis sauer auf. Die Trägheit einiger Kantonal- und Kommunalparteien dürfte auch darauf zurückzuführen sein. Wer immer nur zu parieren hat, verlernt das eigenständige Denken, oder er reagiert mit Trotz. Zudem fehlen der Partei die Schaffer der alten Garde, die sich ganz in den Dienst der Partei stellten und den Kontakt

zur Basis garantierten. Der Zürcher Alt-Nationalrat Toni Bortoluzzi etwa war von diesem Schlag. Obwohl von Beruf Schreiner und eher gewerblichen Themen zugeneigt, vertiefte er sich so in seine Sozialdossiers, dass ihm auch die politischen Gegner widerwillig Respekt zollen mussten.

Aus dem Formtief der SVP abzuleiten, die Partei breche bei den nationalen Wahlen 2019 ein, ist aber verfrüht. Im Wesentlichen dürfte es sich bei den derzeitigen Verlusten um eine Korrektur der nationalen Wahlen von 2015 handeln. Die Chancen der Partei stehen nicht schlecht. Die SVP setzt nicht blind alles auf die Karte EU, sondern sehr gezielt. Sowohl die Selbstbestimmungs- als auch die Begrenzungsinitiative wurden mit Blick auf den Wahlsonntag von 20. Oktober 2019 lanciert. Die massiven Konsequenzen, die bei einem Ja drohen, sollen den allgemeinen politischen Erregungspegel nach oben treiben und auch die eigene Wählerschaft mobilisieren. Helfen werden der Partei zudem das Tauziehen um das Rahmenabkommen mit der EU, der Streit um die Anerkennung der Börsenäquivalenz und das Missbehagen über die Kohäsionsmilliarde, die der Bundesrat der EU als Morgengabe ans Bett legen will. Die SVP hat die Erfahrung, das Geld und den Willen, ihren Wähleranteil zu verteidigen. Sie röchelt nicht. Sie holt gerade tief Luft.

Computerchaos in der britischen Bank TSB

## Bei IT darf nicht gespart werden



BENJAMIN TRIEBE

Es ist selten schön, beim Blick auf den eigenen Kontoauszug Überraschungen zu erleben. Und es ist nie schön, wenn man gar nicht mehr an das Konto herankommt. So ist es kein Wunder, dass sich die britische Bank TSB seit knapp einer Woche einem Proteststurm ihrer Kunden ausgesetzt sieht, wie ihn in Zeiten sozialer Netzwerke noch kein anderes Geldhaus auf der Insel erlebt hat. Mit fünf Millionen Klienten ist TSB zwar nicht die grösste britische Bank, aber keine ist gegenwärtig so gross in den Schlagzeilen. Und diese Schlagzeilen sind allesamt und zu Recht negativ.

Durch eine enorme Computerpanne setzt die Bank ihre Zukunft aufs Spiel, in der sie sich schon als agile Retail-Konkurrentin zu grossen Kreditinstituten wie HSBC und Lloyds sah. TSB wünschte sich eine moderne IT-Plattform, von der aus die Bank mittels digitaler Finanzinnovationen (Fintech) zur Vorreiterin im Kampf um Privatkunden und kleine Unternehmen werden wollte.

Jetzt würde es vielen TSB-Kunden bereits genügen, wenn sie ihren Kontostand wüssten.

Am vergangenen Wochenende hat TSB die 1,3 Milliarden Datensätze ihrer fünf Millionen Kunden auf eine neue IT-Plattform übertragen. Anfangs sah alles gut aus, doch am Sonntag meldeten sich irritierte Kunden: Rund 400 Klienten sahen beim Online-Banking und über ihre Smartphone-App andere Konten als die eigenen. Als am Montag Tausende Kunden ihre Konten online überprüfen wollten, brach das Chaos aus. Manche Klienten hatten plötzlich weniger Geld auf dem Konto, andere Tausende Pfund zu viel. Das offenbar zu schwach konzipierte System war zudem komplett überlastet – viele Kunden konnten sich gar nicht einloggen. Wer sich in eine der Filialen aufmachte, fand dort frustrierte und angeblich verweinte Mitarbeiter, auf deren Bildschirmen Fehlermeldungen in spanischer Sprache erschienen.

Zumindest das Spanisch lässt sich erklären. TSB ist im Jahr 2015 von Lloyds an die spanische Bank Sabadell verkauft worden. Die Computersysteme liefen aber bis jetzt über eine in die Jahre gekommene Lloyds-Plattform, wofür TSB jährlich über 300 Millionen Franken bezahlte. Seit der Übernahme arbeiten TSB und Sabadell am Bau einer eigenen Plattform für die britische Tochter,

genauer gesagt einer Variante des IT-Systems der spanischen Mutter. Die Systeme der Mitarbeiter zogen im Herbst auf die neue Plattform, die Kundendaten wurden jetzt migriert.

Wie sich zeigte, kann beim Transfer von Kundendaten in ein neues System sehr leicht sehr viel schiefgehen – ein Grund, warum Banken das so selten wie möglich tun: Im besten Fall läuft alles wie vorher, im schlimmsten Fall muss der Chef wie im Fall von TSB öffentlich zugeben, seine Bank sei «auf den Knien». Erschreckend ist, dass sein Haus keinen Notfallplan besass: Noch immer arbeitet das Online-Banking nur mit halber Kraft. Zwar werden Zahlungen korrekt abgewickelt, aber viele Klienten können das nicht sehen und fürchten verständlicherweise um ihr Guthaben.

Das TSB-Debakel ist ein Lehrstück für andere Banken und kein Grund zur Schadenfreude. Sei es aus Altersgründen oder durch Fusionen und Übernahmen, die im Finanzsektor nicht selten sind: Irgendwann wird bei jeder Bank eine IT-Modernisierung notwendig. Dafür sollten besser zu viele Ressourcen zugeteilt werden als zu wenige. Wie die Zeitung «The Times» berichtet, wiesen Experten TSB schon 2015 warnend darauf hin, das Kreditinstitut gebe zu wenig Geld für das höchst komplexe Computerprojekt aus.

Kürzung im Zürcher Fonds für den öffentlichen Verkehr

## Dieses Menu ist ungeniessbar



STEFAN HOTZ

Gespräche hinter den Kulissen gehören zur Politik. Gegen ein auf diese Weise ausgehandeltes Geschäft ist grundsätzlich nichts einzuwenden. In der direkten Demokratie sollte man jedoch darauf achten, dass es entweder als Ganzes vors Volk kommt oder gar nicht. Die kantonale Vorlage vom 10. Juni zum Fonds für den öffentlichen Verkehr ist aber nur Teil eines Deals.

Der Zürcher Regierungsrat wollte das Geld, das der Kanton neu dem Bund direkt für den Bahnausbau abfließt, durch die Begrenzung des steuerlichen Pendlerabzugs auf 3000 Franken finanzieren. Die FDP war zuerst einverstanden, ging aber im Rahmen eines Gegengeschäfts auf eine Forderung der SVP ein und verhalf einer höheren Obergrenze von 5000 Franken zum Durchbruch. Weil dadurch die Mehreinnahmen sanken, entdeckten die Politiker zur Kompensation den Verkehrsfonds und wollten – das ist der umstrittene Punkt – dort

kurzfristig 90 Millionen Franken einsparen. Diese Vorgeschichte braucht die Stimmberechtigten nicht zu kümmern, sie sassen ja nicht mit am Verhandlungstisch. Sie müssen und können nur entscheiden, ob sie die Kürzung der Beiträge für künftige ÖV-Ausbauprojekte akzeptieren wollen. Es gibt aber gute Gründe, diese Vorlage abzulehnen.

Der Verkehrsfonds ist nicht irgendeine Kasse, auf die man zurückgreifen kann, wenn der Kanton gerade etwas klamm ist. 1978 im Hinblick auf die S-Bahn gegründet, ist er eine tragende Säule des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich. Ohne langfristige Finanzierung hätte es nach dem S-Bahn-Bau in den 1980er Jahren kaum die Glattalbahn, die Durchmesserlinie oder das Tram Zürich-West gegeben. Im Fonds wird auch nicht überflüssig Geld gehortet, im Gegenteil: Sein Kapital geht bis 2040 zur Neige.

Für eine Spartübung im Hauruck-Verfahren eignet sich der Verkehrsfonds ohnehin schlecht. Nach zwei sehr guten Rechnungsabschlüssen des Kantons besteht dafür finanzpolitisch gar keine Notwendigkeit. Es würde auch einfach nur Geld herumgeschoben. Die vorgesehene Kompensation durch höhere Einzahlungen während 18 Jahren engt aber den Spielraum der kommenden Generation ein. Und regelrecht stossend ist, dass

es in der Abstimmung um Kürzungen geht, die der Kantonsrat in den Budgets der Jahre 2017 und 2018 bereits vorgenommen hat. Eine rückdatierte Gesetzesrevision dem Volk vorzulegen, ist eine Zumutung. Das Gleiche gilt für das Vorgehen, eine neue Zahl für die Fondseinlage festzulegen, um sie mit einer monströsen Übergangsbestimmung bis 2037 gleich wieder ausser Kraft zu setzen. Ein Nein zu dieser Vorlage ist auch ein Signal, dass ein derartiges Vorgehen nicht akzeptiert wird.

Es ist legitim, die Finanzierung von Infrastrukturen über Fonds infrage zu stellen. Aber dann bitte ehrlich, und nicht an den Beiträgen herum-schrauben. Eine Aufhebung des Verkehrsfonds, mit dem der Kanton Zürich gut gefahren ist, wäre nicht sinnvoll. Es würde auch dem Trend widersprechen. Eben erst ist auf Bundesebene per Volksentscheid die Finanzierung von Schiene und Strasse auf eine solche Basis gestellt worden.

Was geschieht, wenn die Zürcher der Vorlage eine Abfuhr erteilen? Dann gilt weiter das Gesetz mit der jährlichen Fondseinlage von 70 Millionen Franken. Und es stellt sich die Frage, ob die bereits vorgenommenen Kürzungen rechtmässig erfolgten. Sie richtet sich an den Kantonsrat, auch darüber müssen sich die Stimmberechtigten nicht den Kopf zerbrechen.



SCHWARZ UND WIRZ

## Kleinheit schlägt Grösse

Von GERHARD SCHWARZ

Es ist eine betriebswirtschaftliche Erfahrung, dass eine Ausweitung der Produktionsmenge die Durchschnittskosten senkt. Die Zeitungsproduktion ist ein gutes Beispiel. Die Kosten der Redaktion variieren nicht mit der Auflage. Bei einer Auflage von 200 000 verteilen sie sich auf doppelt so viele Leute wie bei einer Auflage von 100 000, die Redaktionskosten pro Exemplar halbieren sich also. Auch die Druckkosten pro Exemplar werden günstiger, weil das Einrichten der Maschine immer gleich viel kostet und weil die stärkere Einkaufsmacht zu günstigeren Papierpreisen führt. Ausserdem ist bei grösseren Mengen eine weitergehende Automatisierung möglich. Erst ab einer gewissen Grösse lohnt sich die Anschaffung von massgeschneiderten Maschinen etwa in der Druckvorstufe. Im Vertrieb können sich die Kosten der Zustellung an einen abgelegenen Ort halbieren oder dritteln, wenn in der Nähe noch ein oder zwei neue Abonnenten dazustossen. Die Skalenerträge erklären also zu einem gewissen Teil, warum viele Unternehmen durch Zukäufe oder organisches Wachstum nach Grösse streben.

Die Erkenntnis von Grössenvorteilen bildet als Gesetz der Massenproduktion oder der sinkenden Skalenerträge aber nicht nur die Grundlage unternehmerischer Entscheide, sondern hat auch das volkswirtschaftliche Denken geprägt. Auch hier herrscht oft eine Faszination der Grösse. Sie nährt das Streben nach grossen, einheitlich organisierten Märkten und nach Zusammenschlüssen auf allen Ebenen (Gemeinden, Gliedstaaten und Staaten), und sie ist insofern verständlich, als es in der Tat Effizienzgewinne und Kostenvorteile gibt. Meist geht aber vergessen, dass es auch negative Skalenerträge, «diseconomies of scale» gibt. In den Unternehmen sind das überproportional steigende Kosten der Unternehmensführung, der Koordination, der Kontrolle, der Rechnungsstellung sowie ein Rückgang der Eigenverantwortung des Einzelnen, der sich als kleines Rad einer grossen Maschine dünkt. Auf der gesellschaftlichen Ebene lauten die Stichworte: lange Entscheidungswege, faule Kompromisse, wuchernde Bürokratie, mangelnde Flexibilität.

Die Quintessenz dieser gegenläufigen Tendenzen lautet, dass das Streben nach Grösse ökonomisch meist nur bis zu einem optimalen Punkt sinnvoll ist. Danach überwiegen oft Kostennachteile. Schön zeigt dies mit Blick auf die Gemeindegrösse eine für die Liechtensteiner Denkwerkstatt «Zukunft.li» erstellte, unveröffentlichte Studie von Curdin Derungs und Ursin Fetz (HTW Chur). Auf der Grundlage eines Datenpools von 821 Schweizer Gemeinden mit weniger als 35 000 Einwohnern kommen sie zum Schluss, dass der Nettoaufwand pro Einwohner bei zunehmender Gemeindegrösse keineswegs immer sinkt. Deutlich positive Skaleneffekte gibt es nur bei der allgemeinen Verwaltung, immerhin schwache Effekte bei Verkehr sowie Umwelt und Raumplanung. Beim Bildungswesen, bei Kultur und Freizeit, bei der sozialen Wohlfahrt und bei der öffentlichen Sicherheit ist es dagegen so, dass die Kosten mit zunehmender Grösse steigen und erst später zu sinken beginnen. Sie liegen in Gemeinden mit 35 000 Einwohnern durchgehend höher als in Gemeinden mit 1000 oder 2000 Einwohnern.

Die Einsicht ist über das konkrete Beispiel hinaus wichtig: Man darf die positiven Skalenerträge nicht über- und die negativen Skalenerträge nicht unterschätzen. Zusammen mit weichen Faktoren wie der stärkeren Bürgernähe des Staates und umgekehrt der höheren Identifikation des Bürgers mit dem Ganzen spricht vieles für Kleinheit und Bescheidenheit. Sie schlagen oft Grösse und Grossmannsucht – in der Wirtschaft wie in der Politik.

Gerhard Schwarz ist Publizist und unter anderem Präsident der Progress Foundation. In seiner Kolumne beleuchtet er das wirtschaftliche und politische Geschehen aus ordoliberaler Perspektive.